

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1916 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 209

Sonder-Ausgabe
Montag, 31. Januar 1916
Gesellschaftliche in Halle (Saale): Steinlager Straße Nr. 61/62
Vertraut 8108 u. 8109, Fernruf der Schriftleitung 8110
Schriftleitung: L. W. Dr. Mitzold, Halle (Saale)

Unser Angriffs Erfolg an der Somme

Zeppelinbomben auf Paris!

Paris, 30. Jan. („Agence Havas“) Während die Nacht des Sonntagabend gegen 11 Uhr ein Zeppelin und warf über Paris mehrere Bomben ab, denen ziemlich viele Personen zum Opfer fielen. An einem Punkt wurden 15 Personen getötet, an einem anderen ein Mann und drei Frauen. Ein Haus wurde zerstört, auch sonst viel Materialschaden angerichtet. Die Jagd der Flugzeuge auf den Zeppelin blieb vergeblich. Bis 1 Uhr lag Paris völlig dunkel.

Paris, 30. Jan. (Ausführlicher Meldung.) Heber den in der Nacht zum Sonntag erfolgten Zeppelinangriff auf Paris berichtet die „Agence Havas“ folgendes: Die Pariser Polizei ergriff um 9 Uhr 45 Min. abends alle im Fall von Zeppelinangriffen vorgeschriebenen Maßnahmen. In einigen Minuten war die Stadt völlig dunkel. Schweißwerfer leuchteten den Himmel ab. Feuerwehreinheiten durchsuchten die Hauptstraßen und gaben Feuer Signale. Überall auf den Boulevards bildeten sich große Ansammlungen von Regulierern. Die Menge brauchte völlige Ruhe und schien mehr interessiert als erregt. Gegen 11 Uhr nachts hörte man mehrere Explosionen, die von abgeworfenen Bomben herrührten. An einem Punkte wurden 15 Personen getötet, an einem anderen ein Mann und drei Frauen. In einigen anderen Fällen verursachten die Bomben Materialschaden oder riefen nur einfache Ausbühlungen hervor, ohne Personen zu verletzen. Dichter Nebel bedeckte die Stadt bis zu einer Höhe von 700 bis 800 Metern, schwächte die Wirkung der Schweißwerfer und behinderte das Feuer der Abwehrgeschütze. Mehrere Flugzeuge machten Jagd auf den Zeppelin. Um 1 Uhr 10 Min. wurde die Beleuchtung von Paris wiederhergestellt.

10 Bomben

London, 30. Jan. (Neuter meldet aus Paris: Ein Zeppelin war gestern Abend etwa 10 Bomben auf Paris. Es wurden eine Anzahl Personen getroffen und Materialschaden angerichtet.

Paris, 30. Jan. „Havas“ meldet weiter über den Zeppelinangriff auf Paris:

Um 9 Uhr wurde gemeldet, daß ein Zeppelin auf Paris aufstieg. Es wurde sofort Alarm geschlagen. Die Vorhitzmaßnahmen wurden sofort getroffen, es wurden sofort die Sirenen zum Schall nach allen Richtungen ab. Der Unterstaatssekretär, der mit dem Flugzeug betraut ist und sein Kabinettsekretär, begaben sich unverzüglich nach Le Bourget. Die Feuerwehreinheiten durchsuchten die hauptsächlichsten Verkehrsstraßen, indem sie durch Hauszweige die Bewohner auf die verbotenen Gebiete aufmerksam machte. Die Polizei ergriff um 10 Uhr alle Maßnahmen, die für den Fall des Erscheinens von Zeppelinen vorgeschrieben sind. In wenigen Minuten war die Stadt Paris in völlige Dunkelheit gehüllt. Man bemerkte über der finsternen Stadt die Bewegungen der Flugzeuge des Geschwaders, das mit dem Schutze der Stadt Paris betraut ist. Die Schweißwerfer leuchteten immer noch den Himmel ab, und die Sprengzylinder, die sich in großer Zahl auf den Boulevards aufhielten, folgten mit ihren Augen den langsam fliegenden Strahlen. Die Bewegung auf den Straßen wurde insbesondere um 11 Uhr nach Schluß der öffentlichen Schulen sehr lebhaft, deren Programm trotz der Warnungssignale nicht unterbrochen war. Mäßig gegen 11 Uhr vernahm man mehrere schwere Detonationen, jedoch sind Bomben geworfen.

Die vergebliche Jagd auf den Luftkrieger

Paris, 30. Jan. (Meldung der Agence Havas.) „Journal“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem der „Journalisten“, die an der Jagd auf den Zeppelin teilnahmen, welche in Le Bourget durch den Unterstaatssekretär organisiert worden war. Der Piloter erklärt, daß von den 20 Apparaten, die 20 Minuten nach dem Alarmplan aufstiegen, 5 dem Zeppelin begegneten. Ein einziger konnte näher herankommen und einen Kampf liefern. Der Piloter ist davon überzeugt, daß die Unterredung des Geschwaders den Zeppelin in der Entfernung seines „Verbrechens“ (!) gefaßt hat (?).

Weiter wird noch gemeldet: Als gegen 9 Uhr am Sonntagabend das Gerücht von dem Nahen eines Zeppelins sich verbreitete, gab das im Nordosten gelegene Fort Auberville, das von dem Luftkrieger mit einigen Bomben belegt wurde, die ersten Alarmgeschütze ab. Gegen 10 Uhr beauftragte der Kriegsminister den Chef des Luftkriegerdienstes mit der Beobachtung der Zahl der Flugzeuge, die zur Verfolgung aufgegeben wurden. Die Explosionen der Zeppelinbomben erfolgten, als nach Theaterstil sich große Menschenmassen auf den Boulevards drängten. Zeitweise erfolgte eine leichte Panik.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 30. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz
An und südlich der Straße Vim-Neuville dauerten die Kämpfe um den Besitz der von uns genommenen Stellung an. Ein französischer Angriff wurde abgelehnt. Die südlich der Somme eroberte Stellung hat eine Ausdehnung von 3500 Metern und eine Tiefe von 1000 Metern. Im ganzen sind dort 17 Offiziere, 1270 Mann, darunter einige Engländer, in unsere Hand gefallen. Die Franzosen veränderten nur einen schwachen Gegenangriff, der leicht abgewiesen wurde.

In der Champagne kam es zeitweise zu lebhaften Artilleriekämpfen.
Auf der übrigen Front wurde die Feuerstätigkeit durch unruhiges Wetter herabgesetzt.

Gegen Westend eröffneten die Harer Sicht die Franzosen lebhaftes Feuer gegen unsere Front südlich von Pont-à-Mousson. Das Vorgehen feindlicher Infanterieeinheiten wurde vereitelt.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 30. Jan. Amtlich wird verkantet 30. Jan.:

Russischer Kriegsschauplatz

Der Gegner wiederholte gestern tagsüber seine Angriffe gegen die Brückenanlage nordwestlich von Uscieszko. Alle Versuche, sich ihrer zu bemächtigen, scheiterten an der Tapferkeit der Verteidiger. Fast an allen Stellen der Nordfront trat die russische Artillerie zeitweilig stark in Tätigkeit; auch schweres Geschütz wirkte an verschiedenen Stellen mit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

In Montenegro ist Ruhe. In San Giovanni di Medua wurden zwei Gefangene, sehr viel Artilleriemunition und beträchtliche Vorräte an Kaffee und Vorrückung erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz

Keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Rumänien und die Mittelmächte

Ein rumänisch-griechisches Neutralitätsabkommen?
Sofia, 30. Jan. „Balkanpost“ hat sich das Verhältnis zwischen Rumänien und den Centralmächten wesentlich geübert. Der Sonderberichterstatter des „Limes“, „Abwehr“ will aus besonders vertrauenswürdig diplomatischer Quelle Quelle eine Bestätigung der Wahrheit erhalten haben, daß zwischen Rumänien und Griechenland ein diplomatisches Abkommen über die Neutralität beider Länder besteht. Beide Staaten würden sich gegenseitig Neutralität zu, so daß keiner der beiden Staaten ohne Zustimmung des anderen aus der Neutralität herauszutreten kann.

Wie das Bukarester „Wochenschrift“ aus Zulfida meldet, ist der unterbrochene Bau der Eisenbahnlinie zwischen Buni und Smaili wieder aufgenommen worden. Die Russen wollen angeblich den Bahnbau bis Szebrun beendigen.

Eine deutsche Beistand und die englische Antwort

London, 28. Jan. (Neutermeldung.) Das Foreign Office veröffentlicht eine Mitteilung des amerikanischen Botschafters in Berlin, welcher eine Note des deutschen Auswärtigen Amtes befragt hat. Es wird darin über die Verbindung deutscher Soldaten durch britische und indische Truppen bei Luvers im März 1915 Klage geführt. Die Beschwerde wurde an den Marschall French gerichtet, der antwortete, daß in der erwähnten Gegend „von den Vorfällen nichts bekannt sei.“ Indische Truppen hätten sich zu der angegebenen Zeit überhaupt nicht in der Gegend befunden.

Canings Memorandum

„Ein modus vivendi im Unterseebootkriege“
New-York, 28. Januar. (Privatmeldung.) Die „Evening Post“ meldet aus Washington:

Die amerikanische Regierung hat sich auf diplomatischem Wege bemüht, eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und England, Frankreich, Australien, Belgien und Japan andererseits zu erzielen, welche den Unterseebootkrieg in den Rahmen des Völkerrechts bringen und damit die Sicherheit des menschlichen Lebens an Bord friedlicher Handelsschiffe auf See sichern würde. Vor einigen Tagen reichte Lansing dem englischen und französischen Botschafter ein Memorandum ein, von dem er auch Abschriften dem russischen und dem japanischen Botschafter, sowie dem belarischen Gesandten zutommen ließ, in dem er folgendes als einen Modus Vivendi für die Dauer des gegenwärtigen Krieges vorschlug:

Die Alliierten werden damit aufhören, Handelsschiffe zu bewaffnen. Wenn dies angenommen ist, werden jedoch die Mittelmächtig gezwungen werden, ab sie bewaffnen, kein Handelschiff ohne vorherige Warnung zu torpedieren, sondern ihr Unternehmungsrecht ausüben, und falls die Bestimmungen des Völkerrechts die Vernichtung des Schiffes als Pflicht erforderlich machen, den Passagieren und der Besatzung Gelegenheit zur Rettung zu geben.

Der Schritt der Vereinigten Staaten schließt keinen Verzicht auf das Recht, Handelsschiffe zu bewaffnen, in sich, aber im Interesse der Menschlichkeit durch eine Verringerung der Lage für notwendig erachtet. Durch die Anwendung von Unterseebooten in der See hat England die Unterseeboote als Aufhänger von Handelsschiffen, aber als Kriegsschiffe anerkannt. Deutschland hat immer die Unterseeboote als den Vorläufer des Kreuzerrieges unterworfen betrachtet. Die amerikanische Regierung ist sich klar darüber, daß eine weitere Bewaffnung von Handelsschiffen viele Verwicklungen mit sich bringen würde, da die Mittelmächte aufstrebend sind, bewaffnete und unbewaffnete Schiffe voneinander zu unterscheiden. Wenn diese Vorhältnisse abgeändert werden sollten, so würden die Vereinigten Staaten nicht notwendigerweise zugunsten sein, ihre eigene Haltung gegenüber dem Recht auf Bewaffnung von Handelsschiffen und in der Befolgung von bewaffneten Schiffen in amerikanischen Häfen zu ändern. Aber es ist nicht unmöglich, daß die amerikanische Regierung sich gezwungen sehen würde, ihre Bürger auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sie laufen, wenn sie künftighin auf Handelsschiffen der Kriegsführenden reisen, die bewaffnet sind, um Unterseebooten überhand zu lassen.

Der Wortlaut des Vorklages

New-York, 29. Jan. Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“ meldet, daß Lansing's Note an die freisprechenden Mächte die Annahme der folgenden Formel vorschlägt:

1. Ein Nichtkämpfer hat das Recht an Bord eines unter der Flagge einer freisprechenden Macht fahrenden Handelsschiffes über den Ocean zu fahren und zu seinem Schutz auf die Bestimmungen des Völkerrechts und der Menschlichkeit zu rechnen.
2. Ein Handelsschiff, welches Nationalität ist auch angegeben, darf nicht ohne vorherige Warnung angegriffen werden.
3. Ein Handelsschiff einer Kriegführenden Macht muß dem Befehl, beizudrehen, sofort Folge leisten.
4. Auf ein Handelsschiff darf nicht gefeuert werden, außer wenn das Schiff Widerstand zu leisten verweigert. Selbst in diesem Falle muß der Angriff so leicht als möglich, sobald Frieden oder Widerstand aufhört.
5. Nur wenn es unmöglich ist, das Kriegsschiff mit einer Besatzung zu versehen und es aufzubringen, ist die Besatzung gefangen zu nehmen, in welchem Falle die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht werden. Nach einer Meldung des Washingtoner Korrespondenten der „Associated Press“ teilte Lansing den freisprechenden Mächten außerdem mit, daß bewaffnete Handelsschiffe, wenn sie bestimmte von Amerika vorgeschlagene Bedingungen unterzeichnen, der Annahme in amerikanischen Häfen gestattet werden können, anderenfalls würden sie nur unter den für Kriegsschiffe geltenden Bestimmungen zugelassen werden.



Die Petition für ein Waffenausfuhrverbot „Sittengefähr gegen das Völkerverrecht“

Washington, 29. Jan. (Durch Frankfurt vom Vertreter des A. P.) Eine Petition, die ein amerikanisches Munitionsausfuhrverbot nach Europa verlangt, und von Millionen von Männern und Frauen aus allen Staaten der Union unterzeichnet ist, wurde durch den Verein amerikanischer Frauen für entschiedene Neutralität dem Senate überreicht. Sie veranlaßt eine heftige Debatte. Die Petition protestiert aus Menschlichkeitsgründen dagegen, daß aus Amerika Gegenstände ausgeführt werden, die von den Kriegführenden zum Töten benutzt werden und betont, daß Deutschland während des spanisch-amerikanischen Krieges seinen Bürgern nicht erlaubte, Waffen und Munition an Spanien zu verkaufen.

Senator Kennon (Iowa), der Einführer eines Antrag für ein Munitionsausfuhrverbot, sagte bei der Ueberreichung der Petition: Die Unterzeichner dieser Petition sind weder englischfreundliche noch deutschfreundliche, sondern Freunde Amerikas, der Menschlichkeit und des Christentums. Die ungebührliche Verschönerung von Verfassungen zur Lösung von Menschen ist nicht von der Menschlichkeit eingeleitet, sondern von dem fallbürtigen Enghals, Geld zu machen. Kennon sagte, zu dem Gebot „Du sollst nicht töten“, müßte man jetzt hinzufügen: „Du sollst nicht töten, indem du das Land durch die Verkaufung nicht tödlicher, sondern tödlicher Waffen, die den Krieg erstehen würde, wenn man Europa helfe, seine Männer zu töten, der Klang des Dollars könne der Ehre des Lebens von den Schlachtfeldern Europas her nicht überleben.“ Nach dem Völkerverrecht möge es ganz in der Ordnung sein, mit diesen Sachen zu handeln, aber es sei gegen das Sittengefähr. Am Sonntag für den Frieden zu beten und die Woche dazu zu verwenden, Kriegswaffen herzustellen, ist nicht, als gerade herausgesagt, Scheuerei.

Der demokratische Senator Martine und Hubert und der Republikaner Senatoren Sprague für das Ausfuhrverbot. Der Demokrat Robinson sprach davon, die Senatoren würden die Regierung nicht so schnell zu einer militärisch mächtigen, welche, falls das Land in einen Krieg verwickelt werden sollte, ihm seine Leistungsfähigkeit zur Herstellung großer Waffensysteme nehmen würde. Denn selbst mit der jetzt stark angewachsenen Waffenindustrie würden die Vereinigten Staaten nicht fähig sein, sich selbst für einen Krieg auszurüsten, man würde dann auch nach den neutralen Völkern aussehnen müssen. Der Republikaner Werts verlangte das Ausfuhrverbot im Interesse der Vereinigten Staaten und sagte zur Begründung: Die Veränderungen, welche zwischen uns und auswärtigen Mächten entstehen sind, sind das Ergebnis dieses Munitionshandels. Der Demokrat Lane sagte: Ich befürchte, wir werden früher oder später zu geben haben, und ich behaupte es, daß das Volk dieses Landes es vorteilhaft gefunden hat, auf dies Geschäft einzugehen. Der Demokrat Hitchcock beantragte die Ueberweisung der Petitionen an den Handelsausschuß anstatt an den auswärtigen Ausschuss und sagte: Das ist eine auswärtige Angelegenheit, sondern eine rein heimische Frage; es betrifft die Integrität und Selbsttätigkeit unseres Volkes. Es bildet sich ein Schisma zwischen den großen Handelsfeldern unserer Bevölkerung, die im Ausland geboren sind, für die diese Leute einbüßen, es nicht der menschlichen Natur, wenn sie große Quantitäten unseres Landes damit beschaffen, als ob diese Waffen gefertigt werden sollen, still und gefühllos beiseite zu stehen. Senator Smoot gab der Versicherung Ausdruck, daß ein Ausfuhrverbot augenblicklich die auswärtigen Beziehungen des Landes trüben könne. Der Demokrat Clarke sprach für das Ausfuhrverbot, erklärte aber, es sei eine Frage der auswärtigen Politik. Der Republikaner Wallace sagte: Diese Erklärung von mehr als einer Million Menschen ist von beengender Bedeutung; es ist der Schrei der allgemeinen Menschlichkeit im Lande, welche seinen Ausdruck in der organisierten Petition finden und deren Interferenzen hemmlich haben, welche die Ehre des Landes in Geld ausmünzen. Dieser bisher erlaubte Waffenhandel entspricht gütlichen Präzedenzfällen des Völkerverrechts, aber in den letzten achtzehn Monaten sind die Grundlagen des Völkerverrechtes erschüttert worden. Die Aufrechterhaltung unseres Rechtes, Waffen zu verkaufen, ist der Lebensatem zur Verlängerung des Krieges in Europa gewesen.

Schließlich wurden die Petitionen dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Aus den Geheiminstruktionen englischer Senatoren

Washington, 29. Jan. (Privattelegramm.) Der demokratische Senator Walsh aus Montana griff in seiner Senatsrede Englands Einmischung in den amerikanischen Handel mit den Neutralen an und sagte: „Wenn die Militärs nicht Vernunft annehmen wollen, so müssen wir aufrufen, mit ihnen Handel zu treiben.“ Er trat für Vergeltungsmassnahmen ein, sprach sich jedoch nicht für ein Ausfuhrverbot von Munition aus. Er betonte erneut, daß England und die Militärs beschuldigten, den Eingriff in das Recht Amerikas auf freien Handel noch unerträglicher zu machen. Walsh besprach besonders die Beschlagnahme und Verkauf des amerikanischen Postdampfers an die britischen Senatoren. Die Paragrafen, die Walsh vorlas, lauten folgendermaßen:

Aus geeigneter Korrespondenz sollen Auszüge über alle direkten Verschiffungen nach Europa gemacht und diesen darüber angelegt werden; also von Verschiffungen von einem neutralen Staat zum anderen, einschließlich der Verschiffungen mit durchgehenden Frachttreibern, in folgenden Waren: Kaffee, Baumwolle, Baumwollgarn, Abfälle, Zinn, Eisen, Schmirzölle, Fellen, Häuten, Leder, Mehl, Metalle und Erzen aller Art.

Der Vertreter von Boston Gallivan sagte in seiner geführten Rede im Repräsentantenhaus, er glaube, daß die gefährlichste Propaganda im Lande heutezulage nicht die der sogenannten Vindictiv-Amerikaner, sondern die, von denen sei, die in ihren Ansichten sehr englischfreundlich seien. Gallivan griff den Teil der Presse an, der nach seiner Meinung englischfreundlich ist und sagte, er sympathisiere nicht mit den Amerikanern, die von der Idee besessen seien, daß die einzige Milizen Amerikas in der Welt darin bestünde, England zu retten.

Die Bewaffnung französischer Handelschiffe

Genf, 30. Jan. „Reit Journal“ erzählt aus amtlicher Quelle, daß die Bewaffnung der französischen Handelschiffe, die ausnahmslos beauftragt sind, nahebei feindliche U-Boote unter allen Umständen zu beschließen, demnach durch 75er-Geschütze ergänzt wird, sobald solche in genügender Anzahl verfügbar werden.

Englischer Postraub ohne Aufheben

Amsterdam, 29. Jan. Wie die Wälder melden, wurde die niederländische Post für Niederländisch-Indien, die am 22. Januar mit dem Dampfer „Hembrandt“ abgegangen ist, durch die britischen Behörden angehalten. Auch die niederländische Post des Dampfers „Zelandia“, das Südamerika, die am 19. Januar abging, wurde von den Engländern angehalten.

Valona — ein zweites Saloniki

Genf, 31. Jan. Die Zürcher „Staats“ behauptet, daß die Italiener auf den Mar Gësh Polas Durazzo kampflös aufgeben, dagegen aus Valona mit Hilfe der Alliierten ein zweites Saloniki machen wollen.

Zur Landung auf Kara Burun

Bern, 29. Jan. Die von der „Agence Havas“ über die Landung auf Kara Burun gebrachte Meldung lautet:

Am 28. Januar landeten Marineinfanteristen der Entente bei Tagesanbruch auf der Halbinsel Kara Burun und besetzten die Festung ohne Widerstand der Besatzung. Der Kommandant gab einen Protest ab. Man glaubt, daß ein deutsches U-Bootboot sich in der Nähe dieser Küste mit Lebensmitteln verlor.

Wien, 29. Jan. Das Wiener f. f. Tel.-St.-Bureau meldet: Feindliche Wälder haben den Protest der Mittelmächte gegen die Besetzung von Korfu mit dem Sinnworte beantwortet, die Mittelmächte hätten diese Maßnahme notwendig gemacht, weil sie die 1864 verbürgte Neutralität Griechenlands dadurch schänden, daß sie Korfu als Vorratsbasis für ihre U-Bootboote verwendeten. Demgegenüber wird uns von maßgebender Seite folgendes mitgeteilt:

Keines der U-Bootboote der Mittelmächte hat je Korfu und die umliegenden griechischen Inseln als Vorratsbasis benützt. Bekanntlich liegt Korfu nur 170 Seemeilen von unserem nächsten Kriegsschiffen. Es wäre tödlich, wenn unsere U-Bootboote mit ihrem Aktionsradius dort eine Vorratsstation benötigen würden. Es ist übrigens bezeichnend, daß dieselben Wälder, welche den über ein Jahr langen Aufenthalt der Ententeoffiziere, speziell der französischen Flotte, in den Territorialgewässern von Korfu nicht als Verletzung der 1864 verbürgten Neutralität empfunden haben und immer wieder das allgemeine Märchen von Vorratsstationen von U-Bootbooten aufstießen und selbst daran zu glauben sich den Schein geben.

Das bulgarische Königspaar in Nisch

Ein Besuch des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin

Sofia, 29. Jan. (Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Vorigen Nacht begaben sich der König und die Königin in Begleitung des Ministerpräsidenten Radoslawow, des Generalleutnants Grewel und des deutschen Militärattachés in Sofia Oberleutnants von Marlow nach Nisch. Gestern um 10 1/2 Uhr besuchte der König den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und begab sich danach mit der Königin in die königliche Residenz, wo er am Mittag den Besuch des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin empfing. In Gegenwart des Ministerpräsidenten Radoslawow erwarnte der König den Großherzog zum Ritter des Nationalordens der bulgarischen Krone. Der Herzog und die Königin nahen in einer Anrede die hohe Bedeutung dieses Ordens für den christlichen Orient hervor. Der Großherzog dankte tiefbewegt. Um 1 Uhr nachmittags stattete der König dem Großherzog in seinem am Bahnhof Nisch stehenden Zuge einen Besuch ab. Um 1 1/2 Uhr wurde vier ein Frühstück gegeben.

Auf eine kurze Ansprache des Königs erwiderte der Großherzog mit einer Rede, in der er auf die Bande enger Verwandtschaft hinwies, die das großherzogliche Haus von Mecklenburg-Schwerin mit dem königlichen Hause von Bulgarien verbindet, Bande, die aus der Zeit seines Großvaters Friedrich Franz II. stammen. Der Großherzog gab ferner seiner Freude Ausdruck, die er in Wien bei der Beschäftigung seiner mecklenburgischen Bataillone empfunden habe, die für die Freiheit Makedoniens kämpften. Um 7 1/2 Uhr reiste der Großherzog im Sonderzuge ab; auf dem Bahnhof waren zur Verabschiedung erschienen der König, die Königin und das königliche Gefolge. Nach der Tafel hielten der König und die Königin Cercle. Die Majestäten blieben bis um 1 Uhr früh und traten darauf die Rückreise nach Sofia an.

Ein Fehlbetrag von 10 v. S.

Paris, 30. Jan. Der Abrechnungsrat brachte in der Kammer einen Gehaltsentwurf ein über die Wirtschaftung der liegenden Rändereien und die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiten während des Krieges. Der Minister führte aus, daß die Kassa in dem Jahre 1915 ein Defizit von 10 v. S. ergeben habe.

Brands Komreise

Lloyd George und Bonar Law in Paris
London, 30. Januar. Heute wieder an dem: Offiziell wird berichtet, daß Minister Brand begleitet von Thomas, Burgois, de Margereb und dem General Felle, Chef des Generalstabes von General Joffre Mitte Februar Italien besuchen werden.

Paris, 30. Jan. Lloyd George und Bonar Law trafen in Paris ein, um sich mit dem Unterstaatssekretär im Kriegsministerium zu beschreiben. Der Gegenstand der Konferenz war die Festsetzung eines gemeinsamen Programms der Alliierten. Die erste Zusammenkunft fand am Vormittag im Kriegsministerium mit Vertretern des Generalstabes und die zweite am Nachmittag im Unterstaatssekretariat mit den Deskriptoren der Artillerie statt. Am Abend wurden die beiden englischen Minister vom Ministerpräsident Brand empfangen, mit dem sie sich über die Ergebnisse der beiden Besprechungen unterhielten.

Bandweldes Politik der Phrasen

Brüssel, 29. Jan. Der jetzt zum Minister ohne Portefeuille ernannte belgische Sozialist und früherer Bandwelder ist in den letzten Wochen außerordentlich beschäftigt gewesen. Er hat im Haag das internationale sozialistische Büro eingerichtet und seine Anwesenheit im neutralen Holland benutzt, sich fast ein Dutzendmal interviewen zu lassen. Dann ist er nach in die Schweiz gereist, um dort öffentlich zu reden, und zwar in den verschiedensten Städten der Westküste. Dieser Politiker wird bekanntlich seit Kriegsbeginn Deutschland gerichmeten und den „preussischen Militarismus“, etwa wie Winston Churchill, verurteilt. Er nennt Deutschland das Land der Unkultur, das die Welt unterjochen wolle, und er will die Neutralen ermahnen glauben machen, daß Belgiens Verbündete, namentlich aber England, nur für das „Recht und die Freiheit der kleinen Völker“ kämpfen. Bandwelder behält alle Eroberungsgelüste seiner Kampfbücher aus der Franzosenzeit und verzehet den englischen, französischen und belgischen Sozialisten sogar die Vermittlung der Kriegsfriede. Nur die deutschen Sozialisten überliebert er dem Scheitern, weil sie das Gleiche getan haben, und geht sogar soweit, daß er ausdrücklich erklärt, er werde sich nicht mehr mit den deutschen Sozialisten an einen Tisch setzen.

Wie stimmt diese Schweizer Tätigkeit Bandweldes, des Vorgesetzten des internationalen sozialistischen Büros, zu der Ausrufung des Generalleutnants Gumbans, der zu bekanntlich sagte, die Internationale ist nicht tot, sie könne schon jetzt für den Frieden wirken? In der elablierten Frage nimmt der neue belgische Minister eine sehr übertriebene Haltung ein. Einmal erklärt er im „Volk“, dem Organ der belgischen Sozialdemokratie, daß die französischen Sozialisten über die elablierte Frage mit sich reden ließen. Ein paar Tage später gibt er diesen Worten eine doppeldeutige Bedeutung, um kurz darauf in Louvain zu erklären, daß auch die französischen Sozialisten U-Bootboote als einen Teil ihres Vaterlandes ansehen. So verliert sich ein Mann wie Bandwelder, wenn er eine Rolle spielen will, die ihm nicht liegt, dient der Politik der Phrasen, die keiner mit besserem Erfolge bekämpfen als er, und gibt durch den Übergang in das Lager der Unberücksichtigten seine ganze politische Vergangenheit preis.

Beirat für Volksernährung

In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Beirats für Volksernährung wurden zunächst Anregungen der Beiratsmitglieder der konservativen Partei besprochen und zwar über die Beförderung der Futtermittelherstellung. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Futtermittelherstellung sind: die Erzeugung von Futtermitteln aus Getreide, Hülsenfrüchten, Klee und Gräsern, Förderung der Herstellung von Futtermitteln aus Viehfutter in der Landwirtschaft, über eine Organisation des Abfalls von Gemüsen und der Herstellung von Düngemitteln, Maßnahmen zur Förderung des Anbaus von Leinen und Hanf, über die Bildung von Vereinen des Kleinhandels in den Kommunen zur gleichmäßigen Verteilung von Lebensmitteln. Sodann können Hafer und Getreide, sowie die Maßnahmen zur Förderung der Schweinezucht zur Erörterung.

Berlin, 30. Jan. Die Besuchsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin erhielt die Ermächtigung, den Preis für Futtermittel um mindestens mittlerer Güte auf 400 M. für die Tonne zu erhöhen. Die Erhöhung erfolgt für alle Lieferungen vom 1. Februar d. J. ab.

Letzte Telegramme

Prinz Wilhelm von Schweden erkrankt
Malmö, 31. Jan. Prinz Wilhelm von Schweden, der gestern an Winddarmentzündung erkrankte, ist im hiesigen Spital operiert worden. Sein Befinden ist den Umständen nach befriedigend.

Der Zar wieder zu Hause
Petersburg, 30. Jan. Der Zar ist nach Zarstwo Sielo zurückgekehrt.

Wetterbericht

vom 30. Januar: In ganz Deutschland blieb gestern das Wetter trocken. Stellenweise trat Aufwind ein, zum Teil jedoch der Himmel mit Nebelgewölke bedeckt. Der Frost hat sich weitausgehend ausbreitet, so daß heute nur noch die südöstlichen Gebietsstellen frostfrei sind. Ausblicken für Montag: Teilweise heiter, trocken, Frost.

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. Maass; für Redigieren, Besetzen und Anzeigen: Dr. Maass; für Druck, Vertrieb, Korrespondenz und Sport: O. Maass; für Korrespondenz, Kunst, Wissenschaft und Vermittlung: O. Maass; für den Anzeigenteil: Dr. Maass. Sprechstunden von 10 bis 1 Uhr. Alle die Schriftleitung bezugsfähigen Subskribenten sind nicht persönlich oder an die Geschäftsstelle bzw. den Verlag, sondern schriftlich an die Schriftleitung der hiesigen Zeitung in Halle (Saale) zu richten.